



Bilaterale Klima- und Entwicklungspartnerschaften

Partnerschaft mit Kenia für mehr Ambitionen im Klimaschutz

Konzept

Eine konsistente und ambitionierte Klimaaußenpolitik ist ein zentrales Anliegen der deutschen Bundesregierung. Gemeinsam mit Entwicklungs- und Schwellenländern arbeitet sie daran, die im Pariser Klimaabkommen festgelegten Ziele zur Begrenzung des weltweiten Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad Celsius zu erreichen. Der Fokus der Ambition liegt im Bereich Anpassung und Minderung.

Mit bilateralen Klima- und Entwicklungspartnerschaften unterstützt die Bundesregierung klimapolitisch wichtige, ambitionierte und reformorientierte Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit bei der Umsetzung ihrer nationalen Klimaschutzziele und der Anpassung an den Klimawandel. Dabei verbinden die Partnerschaften Klimaziele mit sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung im Sinne der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs).

Kernelement der Partnerschaften ist der Anspruch, die zur Umsetzung der Klimaziele erforderlichen Transformationsprozesse sozial gerecht zu gestalten (*Just Transition*). Damit diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe gelingen kann, gehen bilaterale Klima- und Entwicklungspartnerschaften über eine reine Regierungszusammenarbeit hinaus und binden Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, Privatwirtschaft und Wissenschaft in den Austausch ein. Sie werden zunächst als bilaterale Partnerschaften konzipiert, sind jedoch offen für weitere bi- und multilaterale Geber.

Ausgestaltung

Die Partnerschaften sind langfristig angelegt und die beteiligten Regierungen vereinbaren gemeinsam messbare Ziele. Anknüpfungspunkte sind die nationalen Klimabeiträge (NDCs), Anpassungsstrategien (zum Beispiel nationale Anpassungspläne) und Langfriststrategien der Partnerländer sowie die SDGs und nationale Nachhaltigkeitsstrategien. Sie fördern darüber hinaus das Engagement der Partnerländer in internationalen klimapolitischen Allianzen und Initiativen.

Finanzierung

Neben den bilateralen Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit fördert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) aus der sogenannten „P+-Fazilität“ als relevantes Finanzierungsinstrument jedes Jahr erfolgversprechende Projekte im Bereich Anpassung an den Klimawandel und Klimaschutz. Im Jahr 2023 standen hierfür 350 Millionen Euro zur Verfügung. Zusätzlich können die Länder Mittel aus der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) erhalten. Darüber hinaus kann zusätzliches privates Kapital für weitere Projekte mobilisiert werden.

Ziele

Erhöhung der Ambitionen von Entwicklungs- und Schwellenländern zur Erreichung ihrer nationalen Resilienz- und Klimaziele

Grüne und sozial gerechte Gestaltung der Transformation

Hauptelemente

Klimapolitischer Dialog,
Monitoring und
Unterstützung

Partnerschaften sind
zentraler Bestandteil der
deutschen Klimaaußenpolitik

Einbindung aller Akteure

→ Regierung
→ Zivilgesellschaft
→ Wirtschaft
→ Wissenschaft

Diverse
Finanzierungsinstrumente

→ „P+-Fazilität“
→ bilaterale Mittel
→ Fonds
→ Weitere

Mobilisierung zusätzlicher
Geber und Mittel

inklusive bi- und
multilateraler Verzahnung

Rahmenbedingungen

Verbindung des Pariser Klimaabkommens (Klimaschutz und Anpassung) mit den nachhaltigen Entwicklungszielen der Agenda 2030 zu **holistischen Transformationsansätzen** durch Unterstützung von Minderungs- und Klimaanpassungsmaßnahmen

Länder und Schwerpunkte

Jede Partnerschaft konzentriert sich auf Klimaschutz sowie länderspezifische Schwerpunktthemen. Diese werden in einem partnerschaftlichen Ansatz ausgewählt. Aktuell bestehen bilaterale Klima- und Entwicklungspartnerschaften mit acht Ländern sowie eine regionale Partnerschaft mit dem Westbalkan (Stand: Januar 2024).* Deutschland ist mit weiteren Ländern zur Bildung einer Partnerschaft im Gespräch.



Ausbau erneuerbarer Energien und sozial gerechte Energiewende



Anpassung an den Klimawandel



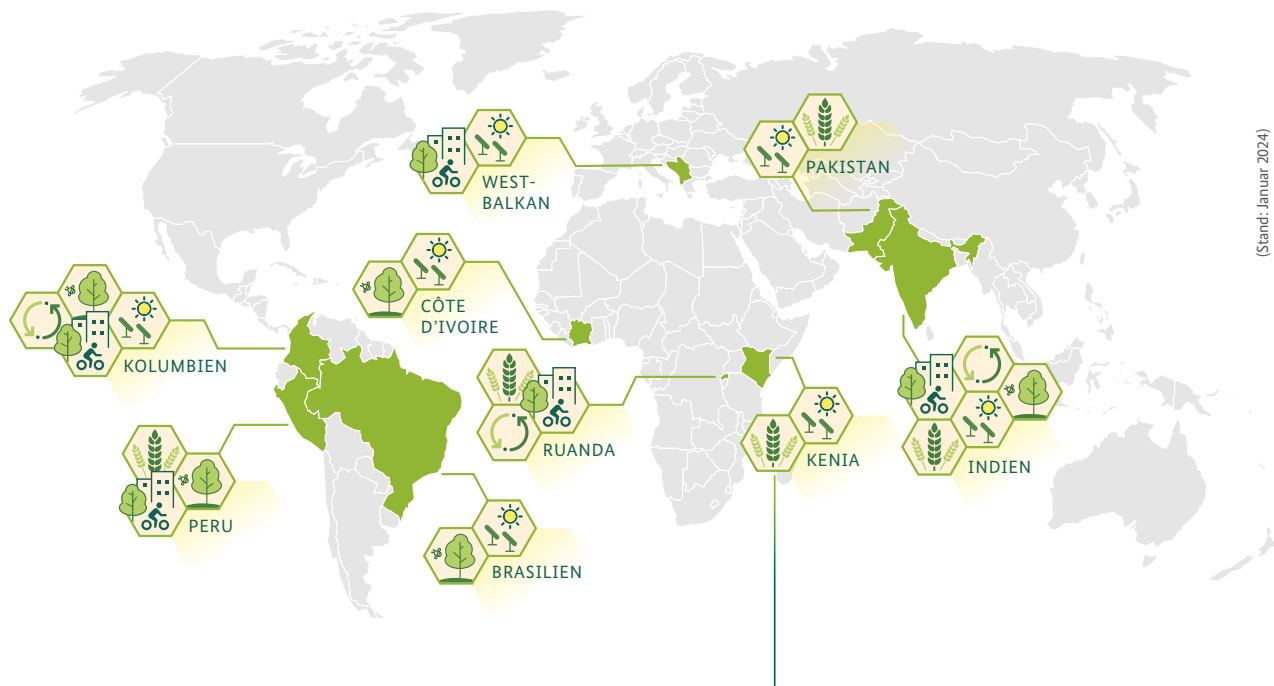
Nachhaltige Stadtentwicklung



Kreislaufwirtschaft



Waldschutz und Biodiversität



(Stand: Januar 2024)

Kenianisch-Deutsche Klima- und Entwicklungspartnerschaft

Kenia gehört zu den am stärksten vom Klimawandel betroffenen Ländern der Welt. Teile des Landes sind seit 2016 von regelmäßigen, schweren Dürren betroffen. Im Jahr 2022 haben Deutschland und Kenia eine Klima- und Entwicklungspartnerschaft beschlossen, um verstärkt im Klimaschutz (Geothermie, Netzausbau, grüner Wasserstoff, Elektro-Mobilität) und bei Anpassungsmaßnahmen (Steigerung der Resilienz der Agrarsysteme) zusammenzuarbeiten.

Kenia ist bereits afrikanischer Spitzenreiter für erneuerbare Energien, die schon heute bis zu 90 Prozent des Strombedarfs liefern. Bis 2030 sollen 100 Prozent der kenianischen Stromversorgung aus erneuerbaren Quellen kommen. Der weitere Ausbau erneuerbarer Energien soll zukünftig auch den Einstieg in die Produktion von grünem Wasserstoff ermöglichen. Geplant ist auch, erneuerbare Energien in der Düngemittelproduktion für die heimische Verwendung primär zu nutzen, wodurch die eigene Landwirtschaft gestärkt und die Ernährungssicherheit langfristig gewährleistet werden soll. Auch die Stärkung der Resilienz der kleinbäuerlichen Strukturen, besonders im Nordosten des Landes, ist vorgesehen.

Als regionaler Champion möchte die kenianische Regierung das Land zum Vorbild für Klimaschutz auch für andere Länder in der Region machen. Es übernimmt eine zunehmend aktive Rolle im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen und nutzt seinen Vorsitz im *Committee of African Heads of State and Government on Climate Change*, um afrikanische Positionen zu koordinieren. Im September 2023 veranstaltete Kenia einen *Africa Climate Summit* in Nairobi zur Vorbereitung für die Weltklimakonferenz (COP28).

Herausgeber Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Referat 422

Postanschrift der BMZ-Dienstsitze BMZ Berlin
Stresemannstraße 94
10963 Berlin
T +49 (0)30 18 535-0

BMZ Bonn
Dahlmannstraße 4
53113 Bonn
T +49 (0)228 99 535-0

Stand Januar 2024

Webseite bzm.de/klima-und-entwicklungspartnerschaften

* Die einzelnen bilateralen Klima- und Entwicklungspartnerschaften haben je nach Land unterschiedliche länderspezifische Namen.